



Pressemitteilung

Die Präsidentin des Wirtschaftsbeirates Bayern und Europaabgeordnete Angelika Niebler kritisiert den „Green Deal Industrieplan“ der EU-Kommission als unzureichend

München, 01.02.2023: **Immer neue Geldtöpfe und ein „Wettbewerbscheck“ für Gesetzgebung werden die Wettbewerbsfähigkeit Europas langfristig nicht stärken**

Die Präsidentin des Wirtschaftsbeirates Bayern und Europaabgeordnete Angelika Niebler hält die Kommissionsmitteilung über einen Green Deal Industrieplan als Antwort auf den Inflation Reduction Act der USA für ungenügend: „Die heutige Mitteilung ist ein Eingeständnis dafür, dass die Kommission industriepolitisch bereits viel zu lange auf dem Holzweg ist. Der von der Kommission vorgeschlagene „Wettbewerbsfähigkeitscheck“ für neue Gesetzgebung sollte eigentlich schon gängige Praxis sein, insbesondere bei der Green Deal/Fit-for-55 Gesetzgebung. Der Inflation Reduction Act zeigt aber überdeutlich, dass der regulatorische Ansatz des Green Deal seine Grenzen hat. Die Kommission muss eigentlich konkrete Vorschläge machen, welche Gesetzesvorhaben sie zurückziehen oder verschieben will. Nur so können wir dem regulatorischen Tsunami, der derzeit über Europa fegt, entgegenwirken.“

Die Europäische Kommission schlägt in ihrer Mitteilung außerdem vor, die bestehenden Beihilferegeln für Unternehmen zu lockern. Einige Mitgliedsstaaten und Teile der Kommission fordern außerdem die Aufnahme neuer Schulden. Niebler warnt: „Die Aufweichung der Beihilferegeln darf keine Entschuldigung dafür sein, neue Schulden aufzunehmen. Wir haben in der EU bereits genügend Geld zur Verfügung. Die Frage ist eher, wie es uns gelingen kann, dass das Geld schneller vor Ort ankommt. Anstelle eines Subventionswettkampfs sollten wir mit unseren transatlantischen Partnern zudem eine Lösung am Verhandlungstisch anstreben und eine Gleichbehandlung für europäische Hersteller erreichen.“

Problematisch werden vor allem die protektionistischen Vorschriften des Inflation Reduction Act gesehen. Denn die geplanten Subventionen und Steuererleichterungen sind im Wesentlichen nur für Unternehmen vorgesehen, die in den USA produzieren. Beispielsweise wird der Kauf von E-Autos nur subventioniert, wenn ihre Batterien in Nordamerika hergestellt werden. Die meisten Batterien deutscher E-Auto Hersteller werden aber in Asien produziert. Das erhöht in der EU die Befürchtungen, dass viele europäische Industriebetriebe auf die andere Seite des Atlantiks abwandern könnten, zumal dort die Energiepreise derzeit um ein Vielfaches niedriger liegen als in Europa.

V. i. S. d. P.:

Wirtschaftsbeirat der Union e. V.
Dr. Johann Schachtner

Generalsekretär

Ottostraße 5

80333 München

Telefon 0 89 / 24 22 86 0

E-Mail info@wbu.de

Internet www.wbu.de